

ÖGJ: Wahlpopulismus macht vieles möglich

Utl.: Langjährige Forderungen der ÖGJ ansatzweise umgesetzt =

Wien (ÖGJ.) "Dass die Österreichische Gewerkschaftsjugend die vorgezogenen Neuwahl begrüßt, ist bekannt. Jetzt können sich aber auch die Jugendlichen in Österreich freuen, denn ohne Wahlpopulismus wäre diese Regierung wohl nie dazu zu bewegen gewesen, Maßnahmen für die Jugend zu beschließen", ist Albert Maringer, Bundesvorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), sicher. "Denn egal ob Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsförderung oder Fahrtenbeihilfe - auf all diese Punkte hat die ÖGJ bereits seit langem hingewiesen und durch diverse Aktionen die Dringlichkeit von Maßnahmen verdeutlicht. Begrüßenswert ist, dass jene Jugendliche, die akut einen Ausbildungsplatz benötigen, zumindest in Lehrgängen untergebracht werden. Langfristiges Ziel muss jedoch sein, Jugendlichen einen fixen Ausbildungsplatz bis zur Lehrabschlussprüfung zu sichern."++++

Die vorgesehene Lehrausbildungsprämie in der Höhe von 1.000 Euro pro Kalenderjahr und Lehrling stellt in der Grundstruktur eine jahrelange Forderung der ÖGJ dar. "Durch die Finanzierung über den Insolvenzausgleichsfonds werden ausschließlich Arbeitgeberbeiträge für jene Unternehmer ausbezahlt, die Lehrlinge ausbilden. Diese Maßnahme ist der Grundstock für den lang geforderten Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben", so Maringer. "Die ÖGJ besteht jedoch weiter darauf, dass eine Auszahlung der Prämie mit verbindlichen Qualitätskriterien wie beispielsweise einer erfolgreich abgeschlossenen Lehrabschlussprüfung oder Zusatzkursen in Zusammenhang stehen muss."

Die Änderungen des Familienlastenausgleichsgesetzes sind begrüßenswert. Es handelt sich hierbei jedoch um eine Fahrtenbeihilfe und nicht wie mehrmals fälschlicherweise behauptet um eine Freifahrt. "Die ÖGJ hat bereits seit Herbst 2000 in einer bundesweiten Unterschriftenkampagne die Einführung einer Freifahrt für Internatsschüler gefordert. Die mehr als 35.000 Unterschriften konnten jedoch auch nach mehrmaliger Kontaktierung nicht persönlich an Bundeskanzler Schüssel übergeben werden, da sein Terminplan ihm offensichtlich keine Zeit für die Anliegen der Jugend ließ", erklärt der Bundesvorsitzende. "Bis vor wenigen Tagen lauteten alle offiziellen Stellungnahmen zu unseren Anträgen, dass die Umsetzung

aus budgetären Gründen nicht möglich sei. Die Gewerkschaftsjugend war die einzige Organisation, die seit Jahren für eine Verbesserung in diesem Bereich eingetreten ist und sich daher jetzt vor Wahlen nicht mit fremden Federn schmücken muss."

"Die nächste Bundesregierung ist aufgefordert eine ausreichende und zukunftsorientierte Berufsausbildung sicherzustellen, Qualitätskriterien in der Ausbildung zu verankern und die InternatsschülerInnen finanziell weiter zu entlasten", so Maringer abschließend.

ÖGB, 19. September 2002

Nr. 717

Rückfragehinweis: ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Alice Wittig

Tel. (++43-1) 534 44/353 DW

Fax.: (++43-1) 533 52 93

<http://www.oegb.or.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0174 2002-09-19/13:48

191348 Sep 02

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020919_OTS0174